

Rechtspopulistin Marine Le Pen überrundet Präsident Sarkozy

Eine Umfrage für Frankreichs Präsidentenwahlen erbrachte für Marine Le Pen 23 Prozent. Damit würde die neue Chefin der „*Front national*“ den Platz eins im ersten Durchgang der Präsidentenwahl belegen.

VON DANNY LEDER, PARIS

Frankreichs Politszene ist im Aufruhr seit das Massenblatt „*Parisien*“ die jüngste Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Louis Harris“ veröffentlicht hat: demnach würden im ersten Durchgang der kommenden Präsidentenwahlen (April 2012) 23 Prozent für die Kandidatin der Rechtsaußenpartei „*Front national*“ (FN), Marine Le Pen, stimmen wollen, 21 Prozent für Präsident Nicolas Sarkozy und 21 Prozent für die Sozialistin Martine Aubry.

Die Art dieser Umfrage wurde zwar von anderen Meinungsforschern kritisiert, weil sie per Internet durchgeführt wurde. Außerdem schien als SP-Kandidatin nur Parteivorsitzende Martine Aubry auf, während der populärste SP-Politiker, der derzeitige Vorsitzende des Weltwährungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, nicht getestet wurde (die SPF wird ihren Kandidaten erst im Herbst bei Vorwahlen bestimmen). Aber trotz dieser Einwände entspricht diese Umfrage einer von allen Meinungsforschern erhobenen Tendenz: einer quasi Verdoppelung der Popularität von Marine Le Pen auf rund 20 Prozent innerhalb von drei Monaten.

Die 42 jährige Anwältin Marine Le Pen trat im November an der Spitze der FN die Nachfolge ihres Vaters an. Dabei setzte sie sich gegen einen noch rechteren Rivalen durch. Vor allem aber hatte sie gegenüber den gelegentlichen antijüdischen Untertönen ihres Vaters, einem polternden Tribun, Distanz markiert. Deshalb gilt die zweifach geschiedene, lebenslustige und schlagfertige Agitatorin auch bei einem Teil jener Franzosen jetzt als wählbar, die vor ihrem Vater zurückschreckten. Allerdings schürt Marine Le Pen in gezielter Manier die Angst vor den Muslimen, die sie schon mal mit den deutschen Nazi-Besatzern Frankreichs verglich. Gegen Schiffe mit Migranten aus Nordafrika fordert sie den Einsatz der Kriegsmarine. Den Euro und die EU will sie kippen,

wobei sie, mit Blickrichtung auf Wähler aus dem Arbeitermilieu, von „sozialer Erdrückung durch Freihandel und Grenzabbau“ spricht.

Hauptleidtragender des Vormarsches von Le Pen ist Sarkozy. Er gilt nun nicht mehr als der glaubwürdigste bürgerliche Kandidat für die Präsidentenwahlen, sein eigenes Lager ist in Panik, etliche Rivalen kochen ihr eigenes Süsschen. Dabei hatte Sarkozy bis zuletzt durch rechtslastige Sprüche und einen ziemlich harten Umgang mit dem Islam versucht potentielle Wähler der FN an sich zu binden. Bei der Präsidentenwahl 2007 war ihm das auch gelungen. Jetzt aber greifen seine Reden nicht mehr, wohl auch wegen seiner schockierenden Verbrüderung mit Milliardären und der von ihm betriebenen familiären Günstlingswirtschaft bei gleichzeitigem Anhalten der sozialen Krise in Frankreich (eine Arbeitslosenrate von zehn Prozent).

Seine rechten Ausfälle haben auch dazu beigetragen, dass gleich drei bürgerliche Zentrums Politiker kandidieren wollen und, laut Umfrage, auf insgesamt 16 Prozent kommen würden. Aber auch die Sozialisten scheinen durch diverse linke Kandidaturen, die insgesamt 17 Prozent erreichen würden, geschwächt. Es ist diese Zersplitterung, die Marine Le Pen in der jüngsten Umfrage die – relative – Führungsposition für den ersten Durchgang der nächsten Präsidentenwahlen bescherte. Das erinnert an die Präsidentenwahlen 2002, als, Jean-Marie Le Pen, dank der damaligen Zersplitterung der Linken, mit nur 17 Prozent den SP-Premier Lionel Jospin überrunden und sich für die Stichwahl gegen den Amtsinhaber Jacques Chirac qualifizieren konnte.

HISTORISCHER PROZESS Gegen Chirac wurde übrigens gestern in Paris ein reichlich verspäteter Prozess eröffnet, der als „historisch“ eingestuft wird, weil zum ersten Mal ein Ex-Präsident vor Gericht steht. Die Anklage geht auf Chiracs Amtsperiode als Bürgermeister von Paris (1977-1995) zurück. Dem inzwischen 78 jährigen Ex-Präsidenten wird vorgeworfen, er habe als Pariser Bürgermeister Gemeindegelder veruntreut, indem er Funktionäre und Günstlinge seiner Partei für fiktive Jobs vom Rathaus anstellen ließ. Allerdings stellte der Verteidiger eines Mitangeklagten gleich bei Beginn des gestrigen Prozesses einen Antrag auf Überprüfung des Verfahrens durch den Verfassungsgerichtshof wegen Verjährung. Der (weisungsgebundene) Staatsanwalt schloss sich diesem Antrag an. Das Gericht wird heute, Dienstag, über diesen Antrag entscheiden. Sollte es ihm stattgeben, würde der Prozess abermals vertagt werden. Schon bisher konnte Chirac, zuerst dank seines Status als Staatspräsident und anschließend mit Hilfe diverser Seilschaften in der Justiz, zahllose Affären um Pfründe, Korruption und sogar Wahlbetrug folgenlos überstehen.